



# Integration ist eine gemeinsame Aufgabe

**Die Fraktionsvorsitzenden von Rot-Rot-Grün: Herausforderungen gemeinsam bewältigen**

Thüringen steht vor einer gewaltigen Herausforderung, mit der vor einem Jahr noch niemand gerechnet hat. Daraus erwachsen Aufgaben, die wir nur im Grundkonsens der demokratischen Kräfte und durch koordiniertes und pragmatisches Handeln des Landes und der Kommunen bewältigen. Die rot-rot-grünen Regierungsfractionen sehen in dem von Ministerpräsident Bodo Ramelow einberufenen und am 27. August stattgefundenen Flüchtlingsgipfel ein wichtiges Signal an die Kommunen, dass die Landesregierung um die Herausforderungen weiß, die die Thüringer Gemeinden, Städte und Landkreise aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen bewältigen müssen.

„Wir wollen, dass Thüringen ein welt-offenes und sicheres Land bleibt, das für eine humane und menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik steht. Das Treffen mit den kommunalen Spitzenverbänden war ein wichtiger Schritt, die Herausforderungen gemeinsam mit der kommunalen Ebene zu meistern. Dabei ist eines klar, der Bund darf das Land und die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Wir fordern eine wesentliche Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten“, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Matthias Hey, betonte: „Wir müssen die Sorgen und Nöte der Kom-

munen mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen sehr ernst nehmen. Keiner kann mehr sagen ‚das wird schon‘. Wir müssen kurzfristig Lösungen finden, um die aufgeheizte Lage abzukühlen und langfristig Sorge treffen, dass wir die Menschen, die zu uns kommen und Schutz suchen, adäquat unterbringen und versorgen können.

Wenn wir denjenigen, die ohne Asylgrund zu uns kommen, eine Bleibeperspektive über ein Zuwanderungsgesetz geben könnten, wäre das mittelfristig bis langfristig ein Weg, um das Asylsystem und damit einhergehend die Belastung der Kommunen zu mildern. Aber nur durch den permanenten und intensiven Dialog mit den Kommunen können wir einvernehmliche Lösungen finden. Nur durch ein mit den Kommunen abgestimmtes Regierungshandeln kann es gelingen, einer Überforderung der Bevölkerung vorzubeugen, den Bürgerinnen und Bürgern Ängste zu nehmen, Vorurteilen zu begegnen und dadurch rechten Populisten Boden für ihre Propaganda zu entziehen.“

Auch Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender der Grünen, begrüßte die Fortsetzung des Dialogs der Landesregierung mit den Kommunen: „Klar ist, dass wir von Seiten des Landes alles tun werden, um die Kommunen bei der Aufnahme der Asylsuchenden bestmöglich zu unterstützen. Wir haben daher im Landtag bereits beschlossen, die Sozialbetreuungspauschale zu verbessern und werden zudem über eine zusätzliche Finanzierung für die Land-

kreise und kreisfreien Städte nachdenken. Fest steht aber auch, dass es seitens des Bundes schnell eine dauerhafte und strukturelle finanzielle Beteiligung an den Kosten geben muss.“

Die Fraktionsvorsitzenden erklärten abschließend: Die Kommunale Familie steht im Maschinenraum der Flüchtlingspolitik und muss bei wichtigen Entscheidungen beteiligt werden. Die Landesregierung strebt deshalb an, mit den Kommunen gemeinsam einen Thüringer Integrationsplan zu entwickeln, der es möglich macht, die Chancen einer verstärkten Migration von Menschen in den Freistaat zu nutzen. Rot-Rot-Grün hat immer deutlich gemacht, dass die Regierung nur auf der Basis geltenden Rechts agiert und auch bei der Frage der Beendigung des Aufenthalts abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber keinen Sonderweg geht. Wir begrüßen es, dass die Probleme des Bleibe- und Rückführungsmanagements jetzt in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Kommunen auf den Tisch kommen, um sie in eine Evaluation der Rückführungspraxis einfließen zu lassen. Ziel muss es sein, dass alle Asylsuchenden innerhalb von drei Monaten Klarheit über ihre Bleibeperspektiven haben.

Thüringen hat seit der Wiedergründung des Landes in wichtigen Situationen zusammen gestanden und gemeinsam Lösungen für schwierige Probleme gefunden. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass dieser Weg weitergegangen wird. ■

## KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

### Rückwirkung begrenzen

*Die Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, wonach die in Thüringen geltende rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zeitlich begrenzt werden soll, muss noch in diesem Jahr gesetzgeberisch erfolgen. Dieser Zeitdruck resultiert aus einer Regelung im Kommunalabgabengesetz.*

*Sie war 2011 unter der Regierungsverantwortung der CDU in das Gesetz aufgenommen worden und darin heißt es, dass alle Gemeinden, die bereits eine Straßenausbaubeitragsatzung hatten, bis zum 31. Dezember 2015 die Straßenausbaubeiträge für alle Ausbaumaßnahmen, die seit 1991 realisiert wurden, bescheiden müssen.*

*LINKE, SPD und B 90/Grüne wollen diese ungezügelter Rückwirkung begrenzen. Bereits seit Monaten diskutieren die drei Regierungsfractionen gemeinsam mit der Landesregierung und den Betroffenenverbänden über eine Lösung. Die Begrenzung der Rückwirkung gestaltet sich dabei komplizierter als gedacht, weil Juristen befürchten, dass die Gemeinden finanzielle Erstattungsansprüche gegen das Land geltend machen könnten. Diese Ansprüche könnten den Landeshaushalt jährlich mit bis zu 15 Millionen Euro belasten.*

*Gegenwärtig wird eine Variante zwischen den Regierungsfractionen diskutiert, die diese juristischen Bedenken ausräumen könnte. Demnach könnte im Thüringer Kommunalabgabengesetz geregelt werden, dass künftig Gemeinden nur dann Straßenausbaubeiträge für Ausbaumaßnahmen erheben können, wenn vor Baubeginn eine Straßenausbaubeitragsatzung vorliegt. Die bisherige gesetzliche Pflicht zur rückwirkenden Erhebung könnte so gelockert werden, dass künftig die Gemeinden selbst entscheiden, ob sie diese Straßenausbaubeiträge für Ausbaumaßnahmen, die vor 2011 fertiggestellt wurden, erheben. Dadurch, dass hier die Gemeinden künftig selbst entscheiden können, sind Erstattungsansprüche gegenüber dem Land ausgeschlossen.*

*Die Fraktion DIE LINKE hat bereits erklärt, eine solche mögliche Kompromisslösung mitzutragen, wenn sie noch bis zum Jahresende Eingang ins Gesetz findet.*

*Die Koalition muss sich also sehr zügig einigen, anderenfalls käme eine solche gesetzliche Neuregelung für einige Gemeinden zu spät.* ■

## AKTUELL

### Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms

Der Thüringer Arbeitsmarkt ist im August mit einer Arbeitslosen-Quote von 7,9 Prozent relativ stabil. Die Anzahl der Arbeitslosen sinkt bis auf wenige Bevölkerungsgruppen. „Wir sollten dennoch nicht vergessen, in Thüringen sind 26.069 Menschen im Rechtskreis SGB III und fast doppelt so viele, nämlich 56.679, im SGB II von Arbeitslosigkeit betroffen.

Auch wenn der Anteil der Langzeitarbeitslosen leicht gesunken ist, betrifft es aber immer noch mehr als 29.500 Menschen, von denen jeder zweite im besten Alter zwischen 25 und 50 Jahren ist. Mit 21 Prozent stark ansteigend ist der Zugang von Ausländern in Arbeitslosigkeit.

„Da insgesamt in Thüringen 146.153 Menschen arbeitssuchend sind, sollte die Wirtschaft größere

Anstrengungen unternehmen, daraus ihr Arbeitskräftepotenzial zu schöpfen. Im Durchschnitt kommen auf eine freie Stelle in Thüringen vier Arbeitslose“, sagte Ina Leukefeld als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Anzahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist derzeit rückläufig, was mit dem vollständigen Auslaufen der Bürgerarbeit und dem stockenden Neubeginn der Bundesprogramme zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie Soziale Teilhabe zu begründen ist.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind über 2.000 Beschäftigung schaffende Maßnahmen weniger zu verzeichnen. Deshalb erwartet Ina Leukefeld dringend die Bestätigung der neuen Richtlinien zur Fortsetzung des Lan-

desarbeitsmarktprogramms sowie die neue Richtlinie zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Gemeinwohlarbeit durch das Thüringer Finanzministerium.

„Mit dem Landeshaushalt für 2015 wurden dafür zwei Millionen Euro bereitgestellt, die es in diesem Jahr noch für entsprechende Arbeitsplätze einzusetzen gilt. Das sind Investitionen in Menschen, die sowohl den Betroffenen als auch den Kommunen zu Gute kommen“, so die Arbeits- und Sozialpolitikerin der Linksfraktion.

Die Kreisfreien Städte und Landkreise, die Jobcenter sowie die Träger von Maßnahmen bittet Ina Leukefeld, schon jetzt dafür zu sorgen, dass schnell die Arbeit losgeht, sobald die Richtlinie in Kraft tritt. Damit sei in diesen Tagen zu rechnen. ■